

Monatsbrief September 2016

Wir beglückwünschen die Genossinnen und Genossen in Berlin zu ihrem Wahlerfolg. Es kommt nun auf die Sicht des Betrachters an, ob das gute Ergebnis trotz oder wegen der frühzeitigen Orientierung auf eine Regierungsbeteiligung erzielt wurde. Für die Berlinerinnen und Berliner und für unsere Partei hoffen wir, dass sich das Desaster nicht wiederholt, das als Ergebnis der gewesenen Regierungsbeteiligungen zu verzeichnen war. Insofern wünschen wir Erfolg bei der Durchsetzung linker Politik in Berlin und werden jetzt nicht den sprichwörtlichen Teufel an die Wand malen, um nicht in den Verdacht zu geraten, einer selbsterfüllenden Prophezeiung das Wort zu reden. Auf Unverständnis stößt allerdings die Äußerung Katja Kippings am Wahlabend in einem TV- Statement, dass es linke Mehrheiten gäbe. Welche Parteien meint sie? Um SPD oder Grüne kann es sich ja wohl nicht handeln!?

Erwartungsgemäß weckt die Rosa- Rot- Grüne- Koalition in Berlin Begehrlichkeiten mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr. Berlin als Blaupause für den Bund? -

Dankenswerterweise hat Sahra Klartext geredet. Als KPF halten wir fest, dass SPD und Grüne als Kriegsparteien und Parteien des Neoliberalismus, wenn wir das Erfurter Programm zu Rate ziehen, nicht koalitionswürdig sind. Solange als Staatsräson Antikommunismus, Geschichtsrevisionismus, NATO- Bündnisverpflichtung zu akzeptieren sind, ist eine Regierungsbeteiligung im Bund ausgeschlossen.

Auch in Niedersachsen wurde gewählt. Unsere Partei hat zugelegt. Die Euphorie sollte sich jedoch bei einem Ergebnis von 3,3 % bei den Kreiswahlen in Grenzen halten, insbesondere weil die AfD aus dem Stand überall dort, wo sie angetreten ist, mit z. T. zweistelligen Ergebnissen in die Kommunalparlamente gekommen ist. Bei den Kandidatinnen und Kandidaten der AfD handelt es sich keineswegs um „besorgte Bürgerinnen und Bürger“, sondern oft um Personen, die dem Hardcorebereich der rechten Szene zuzurechnen sind. Die Auseinandersetzung mit dieser Herausforderung, außerparlamentarisch und in den Parlamenten, muss jetzt beginnen und professionell von der Partei unterstützt und begleitet werden, handelt es sich doch bei einer ganzen Reihe von kommunalen Mandatsträgern unserer Partei um Personen, die nicht Mitglieder der Partei oder kurz vor der Wahl eingetreten sind.

Viele Landkreise sind nach wie vor Terra incognita. Gab es nicht Ende 2014 eine Initiative zur Parteientwicklung in Niedersachsen? Was ist daraus geworden? Wo ist die Evaluation?

Es gibt auch Positives zu vermelden. Der Genosse Andreas Maurer hat mit klaren linken Positionen in Quakenbrück 21,5 % der Stimmen erzielt. Besonders sympathisch ist, dass er in einem Interview mit der jW (21.09.16) äußerte, dass er nie sein Wahlprogramm gegen Ämter tauschen würde! Und nicht nur aus der Provinz, auch aus der Universitätsstadt Oldenburg ist Erfreuliches zu vermelden. Mit dem Spitzenkandidaten Jonas Höpken konnte DIE LINKE ihr Ergebnis von 6,1 % auf 9,9 % verbessern. Auch hier punktete man mit linken, nicht verhandelbaren Positionen. Stellvertretend für alle beteiligten Genossinnen und Genossen übermitteln wir Andreas Maurer und Jonas Höpken unsere herzlichen Glückwünsche! (Ähnlich herausragende Ergebnisse gab es in den Städten Lüneburg, Osterholz- Scharmbeck und Hannover sowie im Landkreis Lüchow- Dannenberg.).

Am 7. Oktober jährt sich der Tag der Gründung der DDR (1949). Das sollten wir zum Anlass nehmen, in den Basisorganisationen und/oder Kreisverbänden „Zeitzeugen“ einzuladen, um uns über die jüngere deutsche Geschichte zu unterhalten und zu diskutieren.

Für den LandessprecherINNENrat:
Ulrich Vanek und Christine Melcher

